

II-10426 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5042/1J

1993-07-06

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Partik-Pablé, Mag. Schweitzer
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Zollamt Eberau

Wie der Erstanfragestellerin bekannt wurde, wurde in Eberau ein Zollamt auf ungarischer Seite errichtet, in dem auch die österreichischen Zollwachebeamten Dienst versehen sollten.

Nach der Fertigstellung des Gebäudes stellte sich jedoch heraus, daß die Miete, die der ungarische Staat für die Benützung des Zollgebäudes verlangt, zu hoch ist und von Österreich nicht bezahlt wird. Derzeit müssen die österreichischen Zollwachebeamten in Eberau in einem Container Dienst versehen. Bei Zollkontrollen muß der Beamte auf der Straße stehen, da weder ein Wind- noch ein Regenschutz existiert.

Ähnliche Konstellationen - Bau eines Zollgebäudes auf ausländischem Hoheitsgebiet, in dem auch die Österreicher Dienst versehen sollen - sind für die Zollämter Heiligenkreuz und Nickelsdorf geplant.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Finanzen nachstehende

ANFRAGE

- 1) Ist Ihnen die oben geschilderte Problematik bekannt?
- 2) Mit welcher Begründung ist vorgesehen, daß österreichische Zollwachebeamte in einem vom Staat Ungarn auf ungarischem Gebiet errichteten Gebäude Dienst versehen?
- 3) Entspricht es den Tatsachen, daß das Zollgebäude am Übergang Eberau auf ungarischem Gebiet von Österreich vorfinanziert wurde?

- 4) Warum wurde nicht bereits vor Baubeginn mit dem Staat Ungarn über die Höhe der Miete für die Benützung des Zollgebäudes verhandelt?
- 5) Werden Sie Maßnahmen treffen, um den oben geschilderten, für die Beamten langfristig untragbaren Zustand zu verbessern?
Wenn ja, welche?
Wenn nein, warum nicht?